

Zürich und Adliswil, 19. Oktober 1998

KR-Nr. 394/1998

ANFRAGE von Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich) und Mario Fehr (SP, Adliswil)

betreffend Haltung der Zürcher Regierung zur Neat

Das unabhängig voneinander zustandegekommene, nach aussen aber sehr geeinte Auftreten der Zürcher Regierung hat vermutlich einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Stimmberechtigten des Kantons Zürich am 27. September 1998 der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wuchtig zustimmten, was der Vorlage schliesslich zum Durchbruch verhalf. Für diese staatspolitisch kluge Haltung ist der Zürcher Regierung an dieser Stelle zu danken! Bereits am 29. November 1998 haben die Schweizer und damit auch die Zürcher Stimmberechtigten wieder über eine sehr wichtige Vorlage abzustimmen. Es geht um die „Finanzierung von Infrastrukturaufgaben des öffentlichen Verkehrs“ (Finöv). Dabei steht neben der Bahn 2000, dem Lärmschutz und dem Anschluss von West- und Ostschweiz ans europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz vor allem die Neue Alpentransversale (Neat) im Vordergrund, welche die Netzvariante, also Gotthard- und Lötschbergtunnel, vorsieht.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat unsere Ansicht, dass aus staatspolitischer Sicht Gotthard- wie auch Lötschbergtunnel notwendig sind, um
 - a) der West- und Ostschweiz eine rasche Verbindung nach Süden zu ermöglichen,
 - b) die Schweiz ins europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz einzubinden und
 - c) das Zustandekommen der bilateralen Abkommen mit der EU zu gewährleisten?

Wie beurteilt der Regierungsrat die staatspolitischen Folgen eines Neins zur Finöv?

2. Welche verkehrspolitischen Folgen hätte nach Ansicht des Regierungsrates ein Nein zur Finöv? Welche Projekte vorab im Kanton Zürich wären in welcher Weise betroffen?
3. Ist der Regierungsrat - nach gemachter guter Erfahrung mit der LSVA - bereit, sich wieder öffentlich und geeint vernehmen zu lassen, um damit einen Beitrag zu leisten, der Finöv zum Durchbruch zu verhelfen?

Wir danken dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. So erfahren die Stimmberechtigten noch vor dem Urnengang, welche Haltung die Zürcher Regierung zur Neat einnimmt.

Hartmuth Attenhofer
Mario Fehr